

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0012/2016
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann	18.02.2016	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 26.11.2015 - öffentlicher Teil

Inhalt der Mitteilung

TOP 7

Verlängerung der Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW für den öffentlichen Raum
(0509/2016)

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschloss einstimmig folgende **Beschlussempfehlung** für die beratenden Ausschüsse und den Rat:

Der der Vorlage beigefügten Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW zwischen dem Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Bergisch Gladbach wird zugestimmt.

In seiner Sitzung am 15.12.2015 ist der Rat einstimmig bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Samirae dieser **Beschlussempfehlung** gefolgt.

TOP 8

Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes: Weiterführung des "Ex-Azubitreff" durch die GL Service gGmbH
(0471/2015)

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat einstimmig folgenden **Beschluss** gefasst:

Der geplanten Weiterführung des Projektes im Jahr 2016 durch die GL Service gGmbH mit finanzieller Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach in Höhe von 22.900 € wird vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zugestimmt.

Es wird beschlussgemäß verfahren.

TOP 10

Fortführung der Mädchen- und Frauengruppe "Power-Frauen" der Initiative 180°-Wende
(0482/2015)

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat einstimmig folgenden **Beschluss** gefasst:

**Die Fortführung der Mädchen- und Frauengruppe „Power-Frauen“ der Initiative 180°-Wende wird begrüßt.
Für die Fortführung des Angebotes wird für das Jahr 2016 vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel ein Zuschuss in Höhe von 6.000 € zur Verfügung gestellt.**

Es wird beschlussgemäß verfahren.

TOP 11

Haushaltsplanberatungen des Doppelhaushaltes 2016/2017 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen
(0505/2015)

Die Ausschussmitglieder fassten einstimmig bei Enthaltung des von der AFD-Fraktion benannten Ausschussmitgliedes folgenden **Beschluss**:

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann nimmt die Vorlage ohne Beschlussempfehlung für den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat zur Kenntnis.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss in seiner Sitzung am 10.12.2015 mehrheitlich gegen die Stimmen von DIE LINKE. und gegen eine Stimme aus den Reihen von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP und zwei Enthaltungen aus den Reihen von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Haushaltssatzung für die Jahre 2016 und 2017 wird unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse zu den Teilhaushalten, der Auswirkungen der Regionalisierung der November-Steuerschätzung und des gemeinsamen Änderungsantrages der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion („Die offene Kinder- und Jugendarbeit zukunftsfähig machen.“) beschlossen.

Der Rat hat in seiner Sitzung am 15.12.2015 mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, der ALFA-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. und der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Samirae und Herrn Santillán bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz folgenden **Beschluss** gefasst:

Die Haushaltssatzung für die Jahre 2016 und 2017 wird in der Fassung der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses, also unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Regionalisierung der November-Steuerschätzung und des gemeinsamen Änderungsantrages der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion („Die offene Kinder- und Jugendarbeit zukunftsfähig machen.“) beschlossen.

Zu allen weiteren Tagesordnungspunkten erübrigt sich ein Bericht.

Anfragen der Ausschussmitglieder wurden in der Sitzung mündlich beantwortet.